

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 498

**Das Recht
der Europäischen Gemeinschaften
als Prüfungsgegenstand
des Bundesverfassungsgerichts**

**Verfassungsrechtliche und verfahrensrechtliche
Möglichkeiten unter den Gesichtspunkten
des deutschen sowie des europäischen Rechts
und des Völkerrechts**

Von

Gerhard Eibach



Duncker & Humblot · Berlin

GERHARD EIBACH

**Das Recht der Europäischen Gemeinschaften
als Prüfungsgegenstand des Bundesverfassungsgerichts**

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 498

Das Recht der Europäischen Gemeinschaften als Prüfungsgegenstand des Bundesverfassungsgerichts

Verfassungsrechtliche und verfahrensrechtliche
Möglichkeiten unter den Gesichtspunkten des deutschen
sowie des europäischen Rechts und des Völkerrechts

Von

Dr. Gerhard Eibach



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Eibach, Gerhard:

Das Recht der Europäischen Gemeinschaften als Prüfungsgegenstand des Bundesverfassungsgerichts: verfassungsrechtl. u. verfahrensrechtl. Möglichkeiten unter d. Gesichtspunkten d. dt. sowie d. europ. Rechts u. d. Völkerrechts / von Gerhard Eibach. — Berlin: Duncker und Humblot, 1986.

(Schriften zum Öffentlichen Recht; Bd. 498)

ISBN 3-428-05946-8

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten

© 1986 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41

Gedruckt 1986 bei Buchdruckerei A. Sayffaerth - E. L. Krohn, Berlin 61

Printed in Germany

ISBN 3-428-05946-8

Meinen Eltern
gewidmet

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Juli 1984 abgeschlossen und im Juni 1985 vom Fachbereich Rechtswissenschaften der Philipps-Universität Marburg als Dissertation angenommen. Zur Drucklegung konnten Literatur und Rechtsprechung bis August 1985 Berücksichtigung finden.

Für die rege Betreuung und vielfältige Unterstützung danke ich besonders herzlich meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Gerhard Hoffmann, Marburg. Insbesondere die mir von ihm gewährte Möglichkeit einer dreijährigen wissenschaftlichen Mitarbeit am Institut für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht der Philipps-Universität Marburg war der Dissertation sehr förderlich.

Aufrichtig gedankt sei auch Herrn Prof. Dr. Hans-Ernst Folz, der die Schrift als Zweitreferent begutachtete und stets sehr an dem Stand und an dem Ergebnis dessen interessiert war, was nun in Druck gehen kann.

In besonderem Maß gilt es meiner lieben Frau zu danken, die mich mit viel Verständnis und in aufopfernder Weise beim Fortgang der Arbeit in mannigfacher Art unterstützte.

Nicht zuletzt gebührt mein Dank der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für den gewährten Druckkostenzuschuß sowie dem Verlag Duncker & Humblot für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe „Schriften zum Öffentlichen Recht“.

Marburg, im Dezember 1985

Gerhard Eibach

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	19
Der Untersuchungsgegenstand	21
Teil 1	
Die unmittelbare Überprüfbarkeit europarechtlicher Normen mit dem Ziel, diese für nichtig oder ungültig zu erklären	23
1. Abschnitt: <i>Das Verfassungsbeschwerdeverfahren</i>	23
A. Die Meinung des Bundesverfassungsgerichtes	23
B. Der Prüfungsgegenstand der Verfassungsbeschwerde	24
I. Die öffentliche Gewalt	24
II. Der Geltungsbereich des Verfassungsbeschwerdeverfahrens ..	25
III. Die rechtliche Qualifizierung der Europäischen Gemeinschaften	26
1. Die Gemeinschaften als staatsähnliche Verbände?	26
2. Die Gemeinschaften als Internationale Organisationen?	27
3. Die Gemeinschaften als eigenständige Organisationsformen	29
C. Ergebnis	32
2. Abschnitt: <i>Das konkrete Normenkontrollverfahren</i>	32
A. Die Meinung des Bundesverfassungsgerichtes	32
B. Der Prüfungsgegenstand	33
I. Das formelle Gesetz	34
II. Der Geltungsbereich des Art. 100 I GG	36
C. Ergebnis	36
3. Abschnitt: <i>Die abstrakte Normenkontrolle</i>	37
A. Der Prüfungsgegenstand	37
B. Aufgabe und Ziel	37
C. Der Geltungsbereich	38
D. Ergebnis	39
<i>Zusammenfassung der Ergebnisse von Teil 1</i>	39

Teil 2

**Die unmittelbare Überprüfung europarechtlicher
Normen bei modifizierter Urteilsformel**

		40
1. Abschnitt: <i>Das Anwendungsverbot als eine für Rechtsnormen des Europäischen Gemeinschaftsrechts nicht mögliche Urteilsfindung</i>		40
A. Allgemeines		40
B. Die Rechtsfolgen der Nichtigerklärung		42
C. Die Rechtsfolgen der Unanwendbarkeit		42
D. Eine für den EG-Bereich irrelevante Differenzierung		42
E. Ergebnis		44
2. Abschnitt: <i>Die Gegenargumente des Bundesverfassungsgerichtes</i>		44
A. Der Gesichtspunkt der Verfahrensfortbildung		44
I. Die exemplarische Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes		44
1. Die Überprüfbarkeit von Normen außerstaatlichen Ursprungs allgemein		44
2. Die Überprüfbarkeit des Besatzungsrechtes im besonderen		45
II. Die notwendige Gleichbehandlung in der Überprüfung europarechtlicher Normen		47
1. Die Eigenständigkeit der EG-Rechtsordnungen		47
2. Das Kriterium der Unabgeleitetheit als das entscheidende		47
III. Zusammenfassung		49
B. Der Gesichtspunkt des fehlenden Grundrechtsschutzes in den Europäischen Gemeinschaften		49
I. Die enumerative Kompetenzzuweisung an das Bundesverfassungsgericht		49
II. Die Identität der Rechtsfolgenwirkung von Ungültigkeit und Unanwendbarkeit		51
1. Der grundsätzliche Ausschluß exterritorialer Geltung		51
2. Der Geltungsanspruch des Gemeinschaftsrechtes		52
C. Ergebnis		52
<i>Zusammenfassung der Ergebnisse von Teil 2</i>		53

Teil 3

**Die mittelbare Überprüfbarkeit
von primärem Gemeinschaftsrecht anhand
der staatlichen Zustimmungsgesetze**

		54
1. Abschnitt: <i>Die rechtliche Funktion des Zustimmungsgesetzes bei völkerrechtlichen Verträgen ohne hoheitsrechteübertragenden Charakter</i>		55

Inhaltsverzeichnis	11
A. Transformations- und Vollzugslehre	56
I. Die Geltung des völkerrechtlichen Vertragsrechtes als innerstaatliches Recht in Folge einer Rezeption	58
B. Die Überprüfbarkeit der Zustimmungsgesetze bei völkerrechtlichen Verträgen von nicht hoheitsrechteübertragender Art — in formeller Hinsicht	60
2. Abschnitt: <i>Die Übertragungsgesetze im Sinne von Art. 24 I GG</i>	61
A. Art. 24 I GG als spezifische Norm zur Übertragung von Hoheitsrechten	61
B. Die Funktion des Gesetzes nach Art. 24 I GG in formeller Hinsicht	61
I. Mit Transformationscharakter?	63
II. Mit Inkorporationscharakter?	63
III. Die andersgeartete Funktion des Übertragungsgesetzes	65
C. Die doppelte Aufspaltung des Zustimmungsgesetzes	66
I. Die Aufspaltung in funktioneller Hinsicht	66
II. Die Unterscheidung nach der Inhaltsgebung	67
3. Abschnitt: <i>Art. 24 I GG als Verfassungsmaßstab für die nationalen Integrationsorgane</i>	68
A. Die vereinfachte Grundgesetzänderung	69
B. Der Grundsatznormcharakter des Art. 24 I GG	69
I. Art. 24 I GG als Verfassungsentscheidung für eine „offene“ Staatlichkeit	70
II. Die Eigengesetzlichkeit internationaler Kooperationsverträge	71
1. Die verfassungsrechtlichen Bindungen der auswärtigen Gewalt	71
a) Die Saar-Statut-Entscheidung	72
b) Das JEIA-Urteil	73
c) Die Entscheidung zur britischen Höfeordnung	73
d) Die Entscheidung zur Geltendmachung von Besatzungsschäden	73
e) Die Entscheidung zur Sachschädenregulierung durch das BSAG	74
f) Das AKU-Urteil	75
g) Zwischenergebnis	76
2. Ableitungen aus dieser Rechtsprechung	77
3. Die allgemeine Geltung der gefundenen Grundsätze	78
4. Zusammenfassung	80
III. Die EG-Verträge als europäische Kooperationsverträge	80
IV. Die politischen Gegebenheiten als verfassungsrechtlich zu berücksichtigende Faktoren bei Gründung der Europäischen Gemeinschaften	81

C. Die verfassungsrechtlichen Schranken des Art. 24 I GG	84
I. Unmittelbar aus dem Wortlaut des Art. 24 I GG	84
II. Aus dem Prinzip der Einheit der Verfassung	85
1. Die in Art. 79 III GG angesprochenen Verfassungsgrundsätze und deren Ausformung im Recht der Europäischen Gemein- schaften	87
a) Die demokratische Legitimation	88
b) Die Rechtsstaatlichkeit	89
c) Die Sozialstaatlichkeit	90
d) Der Föderalismus — Die Mitwirkungsrechte der Bundes- länder	91
e) Die Grundrechtsgarantie	92
2. Resümee	93
III. Die Grundrechtsdiskussion im Rahmen des Art. 24 I GG	94
1. Der fehlende Grundrechtskatalog im Europäischen Gemein- schaftsrecht	94
2. Die Grundrechte in der Rechtsprechung des EuGH	94
3. Die Weiterentwicklung der gemeinschaftsrechtlichen Grund- rechtsstrukturen	98
a) In der Rechtsprechung des EuGH	98
b) Außerhalb der Normierung durch den EuGH	98
c) Die Lösungsansätze in der Rechtswissenschaft	99
d) Probleme grundsätzlicher Art	100
e) Resümee	102
4. Zusammenfassende Betrachtung	102
D. Fazit	105
4. Abschnitt: <i>Die Überprüfbarkeit der nationalen Zustimmungsgesetze zu den EG-Verträgen</i>	105
A. Anhand der vom Integrationsgesetzgeber zu beachtenden Verfas- sungsschranken	105
I. Eine eingeschränkte Geltung des Gemeinschaftsrechts aufgrund besonderer Ratifikationsklauseln?	106
1. Vorüberlegungen	106
2. Der Geltungsanspruch der EG-Gründungsverträge nach all- gemeinem Völkerrecht	107
a) Der Wortlaut der Ratifikationsklauseln	107
b) Der Bedeutungsgehalt solcher Ratifikationsklauseln ...	107
c) Die Übertragbarkeit auf die EG-Verträge	108
d) Der völkerrechtlich zu beachtende integrationsfeste Ver- fassungskern	110
3. Die direkte Auswirkung des integrationsfesten Verfassungs- kerns auf die Rechtsordnungen der Europäischen Gemein- schaften	111

a) Der Inhalt der von den EG-Organen vollzogenen Rezeption — allgemein	111
b) Der Umfang der vorgenommenen Rezeption — im besonderen	112
II. Der eingeschränkte Geltungsanspruch des Gemeinschaftsrechts aufgrund eigener verfassungsimmanenter Geltungsbeschränkungen	112
1. Einleitendes	112
2. Die nationalen Grundrechtsinhalte und der Gemeinschaftsvorbehalt	113
3. Die inhaltliche Konkretisierung	116
III. Rechtsfolgen	117
1. Die Beachtung der in Art. 79 III GG niedergelegten übertragungsfesten Verfassungsschranken	117
2. Die Notwendigkeit der mitgliedstaatlichen Beteiligung	118
3. Die vom Bundesverfassungsgericht zu gebrauchende Urteilsformel	119
a) Die abgestuften Möglichkeiten	120
b) Insbesondere die Teilnichtigkeit des Zustimmungsgesetzes	121
IV. Abschließende Betrachtung	123
B. Die Überprüfung der nationalen Zustimmungsgesetze zu den EG-Verträgen anhand der nationalen Grundrechtsbestimmungen „allgemeiner Art“	124
I. Vorüberlegungen	124
II. Die Einschränkung der Handlungsbefugnisse der Mitgliedstaaten in allgemeiner Hinsicht	125
1. Der Geltungsanspruch der Art. 5 EWGV, 192 EAGV und 86 I und II EGKSV	125
2. Der umfassende Anwendungsbereich	126
3. Die Überlagerung der nationalen Rechtsordnung	127
4. Das Erfasstsein von konkreten Gefährdungen	128
III. Der mögliche Verstoß gegen Art. 5 Abs. 1 Satz 1 EWGV i. V. m. den Art. 164, 177 EWGV	128
1. Das Auslegungsmonopol des EuGH	129
2. Die Differenzierung zwischen Prüfungsgegenstand und Prüfungsmaßstab	129
3. Die Kompetenzabgrenzung nach dem Ziel der Verfahren ..	129
4. Ergebnis	130
IV. Ein Verstoß gegen die Art. 5 Abs. 1 Satz 2 EWGV, 192 Abs. 1 Satz 2 EAGV und 86 Abs. 1 2. Halbsatz EGKSV	131
1. Das Regelungsausmaß	131
2. Die Mitgliedstaaten als Glieder der Gemeinschaften	131

3. Die Kooperationsnotwendigkeit im EG-Bereich	132
4. Die uneingeschränkte Überprüfung als Verletzung der Erleichterungsverpflichtung?	132
5. Ergebnis	133
V. Der mögliche Verstoß gegen die Art. 5 Abs. 2 EWGV, 192 Abs. 2 EAGV und 86 Abs. 2 EGKSV	133
1. Die Regelungsbereiche	133
2. Die zu sehende Gefahr	134
VI. Zusammenfassende Betrachtung	135
5. Abschnitt: <i>Die Rechtsfolgen in rechtspolitischer Hinsicht</i>	135
A. Allgemeines — Der prima-facie-Beweis	135
B. Der ausdrückliche Widerruf der bisherigen Rechtsprechung	136
C. Der Ausbau von Kooperationsmechanismen	137
D. Die Modifizierung der einstweiligen Anordnungen	139
E. Die verfassungspolitische, die verfassungsrechtliche Unbedenklichkeit	140
F. Ergebnis des 5. Abschnitts	142
<i>Kurze zusammenfassende Betrachtung von Teil 3</i>	142

Teil 4

Die mittelbare Überprüfbarkeit von sekundärem Gemeinschaftsrecht anhand der staatlichen Zustimmungsgesetze zu den EG-Verträgen 144

1. Abschnitt: <i>Die formell-rechtlichen Überlegungen</i>	144
A. Die Einheit von Primär- und Sekundärrecht	144
I. Die nur mittelbare Überprüfungsmöglichkeit des sekundären Gemeinschaftsrechtes	145
1. Allgemeines	146
2. Beispiele aus der bisherigen Verfassungsrechtsprechung	147
3. Die Übertragbarkeit der gefundenen Rechtsauffassung auf das sekundäre Gemeinschaftsrecht	148
2. Abschnitt: <i>Die materiell-rechtlichen Anforderungen</i>	150
A. Die gleichen europarechtlichen Bindungen von Primär- und Sekundärrecht	150
B. Die gleichen grundrechtlichen Anforderungen an das Primär- und Sekundärrecht	151
<i>Ergebnis zu Teil 4</i>	153

Teil 5

**Die Überprüfbarkeit von nationalen Durchführungs-
bestimmungen zum Recht der Europäischen Gemeinschaften** 154

1. Abschnitt: <i>Die Notwendigkeit nationaler Durchführungsmaßnahmen</i>	154
A. Das integrale Zusammenwirken zwischen EG und Mitgliedstaat ..	155
2. Abschnitt: <i>Die rechtliche Einordnung der nationalen Durchführungs- akte</i>	156
A. Als Rückdelegation von Gemeinschaftsbefugnissen?	156
B. Als Wahrnehmung ursprünglicher Kompetenz	157
3. Abschnitt: <i>Die Beachtung nationaler Verfassungsnormen</i>	158
A. Die Kompetenzabgrenzungsregeln zwischen Bund und Ländern ...	158
B. Die materiell-rechtlichen Verfassungsmaßstäbe	159
I. Die vertretenen Rechtsansichten	159
1. Das Gemeinschaftsrecht als Rechtsmaßstab	159
2. Das in umfassender Weise zu beachtende nationale Recht ..	160
3. Die der Integrationsgewalt vorgegebenen Verfassungsgrundsätze	161
II. Die gemeinschaftsrechtlichen Grunderfordernisse	161
1. Die Verzahnungen der mitgliedstaatlichen und gemeinschaftsrechtlichen Rechtsordnungen	161
a) Die Durchführung gesetzgeberischer Vorhaben	162
b) Die abgestuften Zusammenwirkungsmechanismen	163
2. Das Gebot uneingeschränkter Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts	164
a) Der Bereich der politischen Willensbildung	164
b) Der Bereich der Umsetzung von Gemeinschaftsbeschlüssen	165
III. Die innerstaatlichen Anforderungen	166
1. Grundsätzliches	166
2. Die Regelungsmodalitäten in anderen EG-Staaten	166
3. Die zu beachtenden Schranken des Art. 24 I GG	167
a) Art. 24 I GG als allgemeine Schranke	167
b) Art. 24 I GG als Maßstab der innerstaatlichen Durchführungsbestimmungen	168
4. Rechtsfolgenwirkung	169
<i>Ergebnis zu Teil 5</i>	170
Schlußbetrachtung	171
Literaturverzeichnis	173

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	=	anderer Ansicht
Abl.	=	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	=	Absatz
allg.	=	allgemein
Anm.	=	Anmerkung
AöR	=	Archiv des öffentlichen Rechts
Aufl.	=	Auflage
AVR	=	Archiv des Völkerrechts
AWD/RIW	=	Außenwirtschaftsdienst/Recht der internationalen Wirtschaft des Betriebsberaters
Az.	=	Aktenzeichen
BayVerwBl.	=	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	=	Betriebsberater
Bd.	=	Band
BGBI.	=	Bundesgesetzblatt
BGHZ	=	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivil- sachen
BK	=	Bonner Kommentar
BReg	=	Bundesregierung
brit. HöfO	=	britische Höfeordnung
BT	=	Bundestag
Bull-EG	=	Bulletin der Europäischen Gemeinschaften
BVerfG (-E)	=	Bundesverfassungsgericht (Entscheidung des —)
BVerfGG	=	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG (-E)	=	Bundesverwaltungsgericht (Entscheidung des —)
bzgl.	=	bezüglich
DB	=	Der Betrieb
ders.	=	derselbe
Diss.	=	Dissertation
DöV	=	Die öffentliche Verwaltung
Drs.	=	Drucksache
dt.	=	deutsch
DVBl.	=	Deutsches Verwaltungsblatt
EAG (-V)	=	Europäische Atomgemeinschaft (Vertrag der —)
ebd.	=	ebenda
EG	=	Europäische Gemeinschaften
EGKS (-V)	=	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Vertrag der —)
EMRK	=	Europäische Menschenrechtskonvention
etc.	=	et cetera (und so weiter)

EuGH	=	Gemeinsamer Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGRZ	=	Europäische Grundrechtszeitschrift
EuR	=	Europarecht (Zeitschrift)
EuR-Lb	=	Lehrbuch zum Europarecht (Gemeinschaftsrecht)
Europ. Parl. Dok.	=	Europäisches Parlament Dokument Nr. der Sitzungs- dokumente, Sitzungsperiode
EVG (-V)	=	Europäische Verteidigungsgemeinschaft (Vertrag über die Gründung der —)
EVP	=	Europäische Volkspartei
evtl.	=	eventuell
EWG (-V)	=	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (Vertrag zur Gründung der —)
f., ff.	=	folgende, fortlaufende
FG	=	Finanzgericht
Fn.	=	Fußnote
Fs.	=	Festschrift
GG	=	Grundgesetz
h. M.	=	herrschende Meinung
Hrsg.	=	Herausgeber
IGH	=	Internationaler Gerichtshof in Den Haag
insbes.	=	insbesondere
Intern. Org.	=	Internationale Organisation
i. S. d.	=	im Sinne des
i. S. v.	=	im Sinne von
i. V. m.	=	in Verbindung mit
JöR	=	Jahrbuch des öffentlichen Rechts (Neue Folge)
JR	=	Juristische Rundschau
JuS	=	Juristische Schulung
JZ	=	Juristenzeitung
Kap.	=	Kapitel
Kom.	=	Kommentar
KSE	=	Kölner Schriften zum Europarecht
m. w. N.	=	mit weiteren Nachweisen
nat.	=	national
NJW	=	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	=	Nummer
Org.	=	Organisation
RabelsZ	=	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rdnr.	=	Randnummer
RMC	=	Revue du Marché Commun
Rs.	=	Rechtssache
S.	=	Seite
Slg.	=	Sammlung
s. o.	=	siehe oben
sog.	=	sogenannt
Sp.	=	Spalte
s. u.	=	siehe unten

usw.	=	und so weiter
VerfR	=	Verfassungsrecht
VerwArch	=	Verwaltungsarchiv
vgl.	=	vergleiche
VR	=	Völkerrecht
VVDStRL	=	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WdVR	=	Wörterbuch des Völkerrechts
WVK	=	Wiener Vertragsrechtskonvention
ZaöRV	=	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z. B.	=	zum Beispiel
Ziff.	=	Ziffer
zit.	=	zitiert

Einleitung

Die EG-Verträge sind als Anfang eines wirtschaftlichen und politischen Integrationsprozesses der im westlichen Sinne demokratisch geprägten Staaten Europas zu verstehen¹. Das Grundgesetz hat in Art. 24 I GG für einen solchen Schritt Möglichkeiten eröffnet². Seinem Wortlaut ist jedoch keine klare Antwort auf die vielschichtigen Rechtsprobleme zu entnehmen, die sich aus der Errichtung solcher zwischenstaatlicher Einrichtungen und deren Tätigkeiten ergeben: Die Betätigungsbereiche der Europäischen Gemeinschaften als zwischenstaatliche Einrichtungen im Sinne von Art. 24 I GG tangieren in vielfältiger quantitativer und qualitativer Hinsicht die traditionellen Staatsfunktionen und deren Möglichkeiten, im abgegrenzten nationalstaatlichen Rechtsraum rechtsgestaltend tätig werden zu können und zu dürfen³. Ein vielschichtiges und weit gefächertes Problemfeld stellt in diesem Zusammenhang die nationale Überprüfbarkeit solcher gemeinschaftsrechtlicher Tätigkeiten dar⁴.

Ein Überblick über die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, bezogen auf Rechtsnormen der Europäischen Gemeinschaften, ergibt kein einheitliches Bild⁵: In Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des EuGH⁶ werden die Selbständigkeit, die Unabgeleitetheit des EG-Rechts und die Möglichkeit der unmittelbaren Einwirkung auf die Bürger der EG-Staaten gesehen⁷. Über die schon frühzeitig angemeldeten Vorbehalte, mit Verwerfung der Verfassungsbeschwerde, die sich unmittelbar gegen Normen des EG-Rechts wendet⁸, sei noch nicht dar-

¹ Vgl. dazu z. B. die Ausführungen von *Schweitzer/Hummer*, Europarecht, S. 29 ff.

² Vgl. die Entstehungsgeschichte zu Art. 24 I GG bei *Matz*, S. 222 ff.; ferner *Zuleeg*, DÖV 1977, S. 463.

³ Vgl. *Rojahn*, zu Art. 24 I GG, Rdnr. 4 f. m. w. N.; *Schwan*, S. 15 ff.

⁴ Statt vieler: *Frowein*, BVerfG und GG, S. 187 ff.; *Ipsen*, EuR 1975, S. 1 ff.; *ders.*, EuR 1980, S. 71 ff.; *Rengeling*, EG-Magazin, S. 29 f.; *Riegel*, BayVwBl., S. 353 ff.; *Tomuschat*, NJW 1980, S. 2611 ff.

⁵ *Scheuner*, AöR 100, S. 30 ff., bes. S. 35; *Tomuschat*, BK, zu Art. 24 GG, Rdnr. 97 m. w. N.

⁶ So z. B. schon *EuGH*, Rs. 13/61, Slg. 1962, S. 97 ff. (110); Rs. 6/64, Slg. 1964, S. 1251 ff. (1270); Rs. 90 und 91/63, Slg. 1964, S. 1329 ff. (1344).

⁷ *BVerfGE* 22, S. 293 ff. (296); 31, S. 145 ff. (173 f.); 37, S. 271 ff. (280).

⁸ *BVerfGE* 22, S. 293 ff.; da nicht gegen Akte dt. öffentl. Gewalt gerichtet (§ 90 BVerfGG); das Gericht verwies hierbei auf vergleichbare Urteile bzgl. des Besatzungsrechts: *BVerfGE* 1, S. 10; 6, S. 15 ff. (18); 18, S. 385 ff. (387 f.);

über entschieden, „ob und in welchem Umfang“ vom BVerfG „im Rahmen eines zulässigerweise anhängig gemachten Verfahrens, Gemeinschaftsrecht an den Grundrechtsnormen des GG gemessen (werden) kann“⁹, ist in der Verfassungsrechtsprechung noch immer keine Klarheit geschaffen¹⁰.

Nachdem der 2. Senat des BVerfG in seiner Entscheidung vom 5. Juli 1967 die Zulässigkeit einer Vorlage zur konkreten Normenkontrolle gem. Art. 100 I GG mittelbar bejahte¹¹ und am Rande Erwägungen über die Teilnichtigkeit des deutschen Zustimmungsgesetzes zum EWG-Vertrag einfließen ließ¹², hat er im Beschluß vom 29. Mai 1974 zum Ausdruck gebracht, daß *sekundäres* Gemeinschaftsrecht auf die Vereinbarkeit mit deutschen Grundrechten so lange *unmittelbar* überprüft werden kann, bis die Europäischen Gemeinschaften über einen geschriebenen, den deutschen Grundrechten adäquaten und von einem Parlament beschlossenen Grundrechtskatalog verfügen¹³.

Im Beschluß vom 25. Juli 1979 läßt der 2. Senat jedoch offen, „ob und gegebenenfalls inwieweit — etwa angesichts mittlerweile eingetretener politischer und rechtlicher Entwicklungen im Europäischen Gemeinschaftsrecht — für künftige Vorlagen von Normen des abgeleiteten EG-Rechts die Grundsätze der Entscheidung vom 29. Mai 1975 (BVerfGE 37, S. 271 ff.) weiterhin uneingeschränkt Geltung beanspruchen können“¹⁴. Des weiteren wies das BVerfG dabei darauf hin, daß bei einer konkreten Normenkontrolle die Prüfung, ob der Anwendung von Vorschriften des EWGV (= Primärrecht) Normen des deutschen Grundgesetzes entgegenstehen, „nur statthaft (ist), wenn und soweit das dt. Zustimmungsgesetz“ zu den EG-Verträgen in Verbindung mit der fraglichen EG-Norm als „Prüfungsgegenstand“ herangezogen wird, denn dieses enthalte den Anwendungsbefehl für die Geltung der EG-Norm¹⁵.

22, S. 91 ff. (92 f.); vgl. zum Ganzen auch *Spanner*, Fs. Berber, S. 507 ff., bes. S. 512.

⁹ BVerfGE 22, S. 293 ff. (298/299 — 1. Senat).

¹⁰ Siehe dazu *Simon*, S. 1271; *Rengeling*, EG-Magazin, S. 30 und den jüngsten Beschluß des BVerfG vom 14. 2. 1983, NJW 1983, S. 1258, in dem an der grundsätzlichen Überprüfbarkeit des Gemeinschaftsrechts weiterhin festgehalten wird; vgl. dazu die Ausführungen von *Meier*, Grundrechtsschutz, S. 2016 f.

¹¹ BVerfGE 22, S. 134 ff. (146).

¹² BVerfGE 22, S. 134 ff. (152); zu dieser Kontrollmöglichkeit durch Prüfung des nationalen Zustimmungsgesetzes zum EWGV in Verbindung mit den spezifischen — möglicherweise verfassungsüberschreitenden — Bestimmungen der Gemeinschaften haben schon *Erlner*, S. 104 ff. und *Hoffmann*, VVDStRL 23 (1966), S. 116 f. hingewiesen; so auch wieder in BVerfGE 52, S. 187 ff. (199) bzgl. des Primärrechts.

¹³ BVerfGE 37, S. 271 ff. (285).

¹⁴ BVerfGE 52, S. 187 ff. (202 f.); dazu *Ipsen*, EuR 1980, S. 71 ff.; *Rengeling*, EG-Magazin, S. 29 f.; *Simon*, S. 1271; *Tomuschat*, NJW 1980, S. 2611 ff.

Auch hierbei geht das BVerfG davon aus, daß die beiden Rechtskreise grundsätzlich unabhängig voneinander in Geltung stehen¹⁵.

Diese Überprüfungspraxis europarechtlicher Normen vollzieht sich ansonsten scheinbar losgelöst von der der Überprüfung besatzungsrechtlicher oder völkerrechtlicher Normen, obgleich hier Vergleichbares zugrunde liegt. In solchen Entscheidungen hat das BVerfG den Standpunkt eingenommen, daß es einerseits Besatzungsrecht nicht unmittelbar überprüfen kann¹⁷, und andererseits völkerrechtliche Verträge nicht dem strengen Maßstab des GG unterliegen, hier vielmehr die Ausgangslage und das politisch Erreichbare zur Modifizierung des Prüfungsmaßstabes heranzuziehen sind¹⁸.

Unter Beachtung dieser Kriterien erscheint die Rechtsprechung des BVerfG insgesamt nicht frei von Bedenken¹⁹. Die Aufarbeitung des Problemkreises soll zugleich Anstoß und Orientierungshilfe bei der Beurteilung der diesbezüglich vom BVerfG in Aussicht gestellten Neuorientierung seiner Rechtsprechung sein.

Der Untersuchungsgegenstand

Die Prüfungskompetenzen des Bundesverfassungsgerichts bezüglich europarechtlicher Normen am Maßstab unserer nationalen Grundrechtsordnung wird an der Überprüfungspraxis in bezug auf völkerrechtliche Verträge allgemein und des Besatzungsrechts im besonderen zu messen sein.

Es wird davon ausgegangen, daß eine bloße Erhebung europarechtlicher Normen zum Prüfungsgegenstand verfassungsgerichtlicher Verfahren grundsätzlich zu keinen rechtlichen Bedenken Anlaß geben muß²⁰, anders hingegen die spezifische Zielsetzung, mit der diese Verfahren verfolgt werden. Demnach stellen diejenigen Verfahrensarten, in denen die europarechtlichen Normen *de lege lata* für „unvereinbar“ mit deutschen Grundrechtsnormen erklärt werden können, den Untersuchungsschwerpunkt dar. Dies sind die Verfahren der Verfassungsbeschwerde gemäß Art. 93 I Nr. 4 a GG i. V. m. § 95 III BVerfGG, der konkreten (Art. 100 I GG i. V. m. § 78 BVerfGG) und der abstrakten Normenkontrolle (Art. 93 I Nr. 2 GG i. V. m. § 82 I BVerfGG).

¹⁵ *BVerfGE* 52, S. 187 ff. (199). Vgl. dazu die Besprechung dieses Urteils von *Sachs*, S. 465 ff.

¹⁶ Vgl. dazu ferner *BVerfGE* 37, S. 271 ff. (278).

¹⁷ *BVerfGE* 12, S. 281 ff. (291); 15, S. 337 ff. (346 ff.); 36, S. 146 ff. (169 ff.).

¹⁸ *BVerfGE* 4, S. 157 ff. (168 ff.); 36, S. 1 ff. (14).

¹⁹ So u. a. *Frowein*, BVerfG und GG, S. 187 ff.; *Ipsen*, EuR 1975, S. 1 ff.; *Pestalozza*, DVBl. 1974, S. 716.

²⁰ Vgl. dazu *Pestalozza*, DVBl. 1974, S. 717; der Beschluß des 1. Senats vom 18. Oktober 1967 drückt sich insofern ungenau aus: *BVerfGE* 22, S. 293 ff. (299).